

# HVV Zwangsfürsorge bei Flüchtlingen

Der Senat in HH macht diese Zwangsfürsorge, um nicht sein Gesicht von Knast-Zwang auch noch gegen Flüchtlinge wie bei Wohnungslosen zeigen zu müssen.

<http://www.mopo.de/hamburg/ab-2016-hvv--alle-fluechtlinge-muessen-eine-monatskarte-kaufen-23207058>

Ab Januar 2016 müssen alle registrierten Flüchtlinge Monatskarten für den HVV kaufen, solange sie in Hamburger Erstaufnahmen leben. Die Kosten von 25 Euro werden automatisch von ihrem Taschengeld (143 Euro) abgezogen. Auf diese Weise soll die verbreitete Praxis des Schwarzfahrens gestoppt werden. Ein reguläres Monatsticket für den Hamburger Großbereich kostet 84 Euro im Abo. Hartz-IV-Empfänger bekommen auf alle Zeitkarten 20 Euro Rabatt.

Die Berliner Praxis, unregistrierten Flüchtlingen ein Armband umzulegen, mit dem sie gratis fahren können, will Hamburg aber nicht übernehmen – jedoch kann man das Berliner Modell auch ohne Armband durch Vorzeigen eines kostenlosen Tickets übernehmen.

Schon seit Jahren gibt es Bemühungen für ein kostenloses HVV-Ticket für Wohnungslose: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2013.01-kostenlose-HVV-Tickets-f%C3%BCr-Wohnungslose2.pdf> und jetzt für Flüchtlinge.

Für diejenigen, die das Ticket nicht bezahlen können, folgt dann eine Haftstrafe - im Schnitt zwei Monate lang. Pro Tag kostet jeder Häftling die Stadt 150 Euro - weil das entschieden **mehr** ist, als Gratis-Tickets **für alle** Bedürftigen kosten würden, fordert unsere Initiative, Wohnungslose und Flüchtlinge umsonst fahren zu lassen.

Allein im Jahr 2009 wurden in Hamburg 623 Menschen zu Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie ohne gültigen Fahrschein unterwegs waren. (623 x 60 Tage x 150 EURO sind 5,6 Millionen EURO = ca. 65.000 Abos oder ca. 95.000 Sozialtickets.) Nicht gerechnet sind die Unsummen von Bearbeitungskosten in allen beteiligten Instanzen.

Bettina Reuter, Vorsitzende der Ambulanten Hilfe Hamburg, vermutet, dass die Zahl der Schwarzfahrer inzwischen sogar noch höher ist: Um an ihre Sozialleistungen zu kommen, müssen Betroffene zu Monatsanfang immer erst aufs Amt.

Nun haben wir vor der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg (15.Feb.2015) die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien nochmal angeschrieben und sie mit dem Thema Kostenloser HVV für Wohnungslose konfrontiert. Sehr frühzeitig formulierten wir bereits am 1. November 2014 die Schreiben:

„Sehr geehrte Damen und Herren,  
anlässlich der bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg möchten wir Sie

fragen, ob in Ihrem Wahlprogramm die Forderung aufgenommen wurde bzw. noch wird, **dass Wohnungslose kostenlose HVV-Tickets erhalten?**

Bezüglich des Hintergrundes zu dieser Notwendigkeit (allein schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit) möchten wir auf die nachfolgend aufgeführten Presseberichte hinweisen: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2013.01-kostenlose-HVV-Tickets-f%C3%BCr-Wohnungslose2.pdf>

**Bis wann können wir mit Ihrer Antwort rechnen?“**

.) Die CDU führte am 23.12.2014 (sinnigerweise einen Tag vor Weihnachten) aus, welche Möglichkeiten es alles gäbe und brachte es dann mit diesem Satz auf den Punkt: „Lösungen, die den ÖPNV einzelnen Gruppe komplett kostenfrei zugänglich machen, sehen wir derzeit nicht.“

.) Von der FDP kam trotz nochmaliger Nachfrage überhaupt keine Antwort.

.) Die SPD antwortete am 9.11.2014 und nannte im Betreff „Ihr Wahlprüfstein“ mit diesem Anhang: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Wahlpr%C3%BCfstein-SPD.pdf> Auch darin wird ausgeführt, was die SPD alles gemacht hat und endet mit dem Fazit: „Mit der zweimaligen Erhöhung des Sozialtickets haben wir sehr viel mehr Erleichterungen eingeführt, als Schwarz-Grün es je getan hat.“

.) Die Grünen aber machten die tollste Vorführung:

Am 4.11.2014 antwortete sie: „ Ich habe Ihre Anfrage bereits an das zuständige Ressort der Bürgerschaftsfraktion weitergereicht, welches sich mit Ihnen in Verbindung setzen wird.“

Am 5.11.2015 antworteten wir: „vielen Dank für Ihre Eingangsbestätigung. Wir warten nun mit Spannung auf die Antwort aus dem Ressort der Bürgerschaftsfraktion.“

Jedoch kam trotz nochmaliger Nachfrage keine Antwort mehr, so dass wir nach der Bürgerschaftswahl vom 15.02.2015 am 6.03.2015 nochmal nachfragten:

„Da auf Ihre Ankündigung einer Antwort diese bis heute ausgeblieben ist, wäre es doch eine gute Gelegenheit, aktuell bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD dieses, wie es schon in der Bibel steht, „das was Ihr den geringsten meiner Brüder getan habt“ jetzt real als kostenloses HVV-Ticket für die Wohnungslose einzubringen. Wir möchten Ihnen dazu auch die Antwort der SPD beifügen, die sich an diesem Punkt nicht bewegen möchte und sich lediglich hinter bestehende Gegenbenheiten „versteckt“. Können wir nun mit Antwort von Ihnen rechnen?“

Daraufhin kam diese wirklich unverfrorene Antwort: „vielen Dank für Ihre Nachricht. Ich habe, wie schon meine Kollegin am 5.11.2014, Ihre Anfrage an das zuständige Ressort weitergeleitet und werde noch einmal nachhaken.“

Am 10.3.2015 um 12.10 Uhr antworteten wir:

„Vielen Dank für Ihre diesmal schnelle Antwort.

Wenn nun auch noch eine Rückmeldung als ein nur winziges Detail im Ergebnis bei den Koalitionsverhandlungen einfließt, dass die Wohnungslosen in Hamburg ein kostenloses HVV-Ticket erhalten, so ist das ein gutes Signal mit dem, was man für die „Schwächsten“ unter uns tut und würde damit ganz große Politik machen. **Es kostet so wenig und ist dennoch so großartig.“**

Am 10.3.2015 um 12.39 Uhr antwortete die grüne Partei:

„Vielen Dank für ihre Mail und leider kann ich Ihnen nur antworten, was wir in diesen Tagen allen antworten, die uns noch Vorschläge für die Koalitionsverhandlungen über unser Wahlprogramm hinaus machen. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis und ich habe Ihre Forderungen in unsere grüne Verhandlungskommission eingespeist. Haben Sie jedoch bitte Verständnis dafür, dass wir während der laufenden Verhandlungen nicht in der Lage sind, auf Ihre Forderungen inhaltlich zu reagieren.“

Am 10.3.2015 um 12.52 Uhr antworteten wir:

„Recht herzlichen Dank für Ihre wiederum rasche Antwort.

Natürlich haben wir großes Verständnis dafür, dass Sie nicht während der Koalitionsverhandlungen antworten möchten – um so mehr aber freuen sich die Wohnungslosen, wenn nach Abschluss der Verhandlungen besonders sie sich positiv im Ergebnis wiederfinden, wobei wir gern wiederholen, wenn ein nur winziges Detail im Ergebnis bei den Koalitionsverhandlungen einfließt, dass die Wohnungslosen in Hamburg ein kostenloses HVV-Ticket erhalten, so ist das ein gutes Signal mit dem, was man für die „Schwächsten“ unter uns tut und würde damit ganz große Politik machen. **Es kostet so wenig und ist dennoch so großartig.**

Am 7.4.2015 um 10.22 Uhr antwortete die grüne Partei:

„Vielen Dank für ihre ausführliche Mail. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis und wir haben Ihre Forderungen in unsere grüne Verhandlungskommission eingespeist. Haben Sie jedoch bitte Verständnis dafür, dass wir während der laufenden Verhandlungen nicht in der Lage sind, auf Ihre Forderungen inhaltlich zu reagieren.“

Am 7.4.2015 um 11.21 Uhr antworteten wir:

„Herzlichen Dank für die Zwischennachricht – wenn es denn am Ende einfließt, ist ja alles gut – gern erwarten wir Ihre Nachricht vom Ergebnis.“

## **Auf eine Nachricht vom Ergebnis warten wir bis heute vergeblich.**

.) Der Vollständigkeit halber soll aber hier auch nicht die Antwort der Linkspartei fehlen, die auf nochmalige Nachfrage dann am 2.2.2015 endlich kam und die wir gleich mit unseren Antworten zu den einzelnen Punkten vom 3.2.2015 hier vollständig wiedergeben:

„Vielen Dank für Ihre Antwort – wenn auch spät nach unserer Anfrage vom 1. Nov. 2014 und nochmaligen Nachfrage vom 9. November 2014 – aber immerhin noch nicht zu spät, um zur Wahl einer neuen Hamburger Bürgerschaft am 15. Feb. 2015 noch eine konkrete Wahlaussage zu diesem Anliegen für Wohnungslose zu machen. Aber genau beim Begriff “konkret” bestehen eben oft Differenzen zwischen Politiker-Aussage und allgemeinem Verständnis. Vielleicht können Sie uns aber beim Verstehen noch etwas helfen. Sie schreiben:

*“Kostenlose HVV-Tickets für Wohnungslose fordert DIE LINKE nicht. Die LINKE will echte Sozialtickets für Menschen mit wenig Einkommen. In Hamburg muss auf dem Weg zur Einführung eines BürgerInnen-Ticket mit einer unentgeltlichen (fahrscheinfreien) Nutzung des HVV ein Sozialticket her, das nicht teurer ist als der im Regelsatz ALG II vorgesehene Betrag für Nahverkehr im Monat und im Großbereich des HVV ohne zeitliche Einschränkung gilt.”*

Für eine/n Wohnungslose/n ist die Hauptsorge, wie er/sie von A nach B und von dort nach C und wieder zurück nach A kommt (will heißen von einem evtl. Schlafplatz zu einer Stelle, wo er/sie eine kostenlose bzw. sehr verbilligte Mahlzeit bekommen könnte und von dort zu Orten, wo er/sie Flaschen sammeln könnte oder wo er/sie sich um Aushilfsarbeiten oder sogar eine Wohnung bei Behörden und Wohnungsgesellschaften kümmern könnte oder auch wenn es bitterkalt ist, einfach mal in die S- oder U-Bahn steigen könnte, um sich bei einer Fahrt wieder etwas aufwärmen zu können.) **Wohnungslose haben einen hohen Mobilitätsbedarf.**

Diese Mobilität wird Ihnen abgeschnitten, so dass sie an der Erreichung von elementarsten Bedürfnissen gehindert sind und so noch mehr an den Rand gedrängt werden. Nun schreiben Sie, dass

*“ ein BürgerInnen-Ticket mit einer unentgeltlichen (fahrscheinfreien) Nutzung des HVV ein Sozialticket her muss”.*

Darin sind so gar zwei wohltätige Begriffe wie **“BürgerInnen-Ticket”** und **“Sozialticket”** enthalten und die noch wohltätigere Formulierung von einer **“unentgeltlichen (fahrscheinfreien) Nutzung des HVV”**.

Da hätten wir denken können oder sollen – was wollen wir noch mehr – das ist ja genau die Erfüllung dieses geringsten aller Anliegen für Wohnungslose. Dann aber folgt die Einschränkung mit der Formulierung, dass es **“nicht teurer sein soll, als der im Regelsatz ALG II vorgesehene Betrag für Nahverkehr”**.

Nach unserem Sprachverständnis sind diese Formulierungen rein denkgesetzlich schon begrifflich nicht nur ein Widerspruch sondern sie heben sich auf. Dass Wohnungslose ein ermäßigtes Ticket bekommen können, das ist lange bekannt. Damit rühmt sich auch die SPD und darauf weist ebenfalls ganz gönnerhaft die CDU hin. In den Presseberichten, die in unserem Schreiben vom 1. Nov. 2015 aufgeführt sind, wird dezidiert begründet, dass in den meisten Fällen Wohnungslose sich genau dieses ermäßigte Ticket genau so wenig leisten können wie ein Fahrrad. Unsere Frage ist ganz einfach und vielleicht können Sie uns darauf eines der nachfolgenden angebotenen Antworten geben:

**„Können Sie in Ihrem Wahlprogramm aufnehmen, dass Wohnungslose ein wirklich kostenloses Nahverkehrssticket bekommen sollen?“**

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns das (maximal mit der Zeiteinschränkung wie für Rentner zwischen 6 und 9 Uhr) uneingeschränkt mit „Ja“ beantworten können – gemeint ist ein **„Ja“**, wo die Wohnungslosen **„Null“**, **„Nichts“** bezahlen müssen.

Wir hoffen mit der Bitte um eine solche Antwort keine Fehlbitte gemacht zu haben und würden uns für die Wohnungslosen freuen, wenn Ihre Antwort **„positiv“** ausfallen würde.“

Im Dezember 2015 berichtet Hinz&Kunzt, dass die Linkspartei ein „echtes Sozialticket“ fordert - also eine Montaskarte für 25 EURO. Das will der Senat in HH ab 2016 jetzt bei den Flüchtlingen als Zwangsfürsorge praktizieren. **Aktuelle Situation:**  
<http://www.hinzundkunzt.de/sozialzuschuss-reicht-nicht-aus/>

## Resümee:

Vor dem Hintergrund, wie beleidigt – mit Ausnahme der Linkspartei – alle übrigen Parteien in der Hamburger Bürgerschaft nach der Olympia-Ablehnung am 29.11.2015 sich zeigten und wie viele Millionen sie bereits für die ersehnte großartige **Würde** dieses Großevent ausgegeben haben und wie auf der anderen Seite lieber permanent Unsummen für die Inhaftierung von SchwarzfahrerInnen ausgegeben werden, statt für das Geld den Wohnungslosen und jetzt auch den Flüchtlingen die Mindest-**Würde** von uneingeschränkter Mobilität zu gönnen, zeigt den tiefen Graben zwischen der Abgehobenheit derjenigen, die sich an die Macht „hoch gerangelt haben“ und andererseits den BürgerInnen.

Deshalb möchten wir neben diesem konkreten Beispiel an der HVV-Story nochmal auf die grundsätzlichen Hintergründe hinweisen und zwar in dem Bericht über **„Das wahre Wahlergebnis vom 15.2.2015 in Hamburg“**: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2015.02Wahlergebnis.pdf.pdf>